I-11

Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	26.09.2022
Tagesordnungspunkt:	I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Antragstext

Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch in Form von hohen Preisen bei uns. Die enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die Deutschland von Vorgängerregierungen getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch unseren Wohlstand herauszufordern. Doch wir lassen uns nicht von Vladimir Putin erpressen. Und das heißt: Wir stehen unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen. Mit weitreichenden Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands Unabhängigkeit von russischen Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare Energien setzen, desto mehr werden künftig auch die Preise sinken.

Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele Menschen machen sich in dieser Situation berechtigte Sorgen. Deswegen haben wir stets zielgerichtet diejenigen besonders in den Blick genommen, die von der Krise am härtesten getroffen werden.

Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in Zeiten der Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen unsere Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus oder die Betreuung im Kindergarten sicher.

Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht es zum einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter werden. An vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die Herausforderungen und Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung
schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und Polarisierung.

Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation droht aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei Pandemiejahren macht
das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten und seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv gestiegen und setzen besonders kleine und mittelständische Betriebe stark unter Druck. Die hohen Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in den Umbau für mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des Energieverbrauchs. Hinzu

kommen fortwirkende Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und Fachkräften sowie die allgemein rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf nicht dazu kommen, dass unsere Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch soziale Einrichtungen und Krankenhäuser in dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir müssen ihnen beistehen, damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der Transformation unterstützen.

Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die Bürger*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die Konsumgüternachfrage

in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das falsche Rezept gegen die Inflation. Expert*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale. Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei den hohen Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.

Es ist aber auch eine Frage ökonomischer und wirtschaftlicher Vernunft, dass wir es nicht zulassen, die Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu nehmen, um die Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit würde man Schaden im Kern der deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen: aktiv gegen die drohende Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.

Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung. Doch es liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann und die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch, allen EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-Fiskalregeln ein.

Aus dieser Krise können wir uns nicht heraussparen. Wir brauchen einen starken Schutzschirm für das Handwerk, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für die soziale Infrastruktur und gleichzeitig müssen wir in die sozial-ökologische Transformation sowie die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so kommen wir raus aus der von Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und Industrie zukunftsfest.

Klar ist aber auch: Wir werden nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns zukommen, ausgleichen können. Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen, und dass auch diejenigen ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden kommen oder als Unternehmen aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.

Soziale Sicherheit schaffen – in der Krise und darüber hinaus

Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren einige wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein – nicht etwa, weil sie besser wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit den daraus erzielten Einnahmen gezielt die Bürger*innen zu entlasten.

Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir nun einen ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber hinausgehenden Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucher*innen, aber auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres Verbrauchs angeregt. Sollte eine europäische Regelung nicht zustande kommen, werden wir sie bis Ende des Jahres national einführen. Mit dem Vorschlag einer Solidaritätsabgabe auf Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des Stromsektors legt die EU-Kommission nun nach. Wir werden in der Bundesregierung darauf drängen, dass dieser Vorschlag zügig angenommen und umgesetzt wird. Wenn eine Einigung auf europäischer Ebene scheitert, setzen wir uns für eine nationale Übergewinnsteuer auch in diesem Bereich ein.

Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie Vereinen, Verbänden oder Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie soll es ebenfalls ein vergünstigtes Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen durch die hohen Strompreise spürbar sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien sowie die beschlossenen Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren Strompreisen.

Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Es ist gut, dass die Expertenkommission, die sich mit den Möglichkeiten einer Preisdämpfung befasst, ihre Arbeit aufgenommen hat. Auch beim Gas braucht es einen Preisdeckel für den Grundbedarf. Das würde dafür sorgen, dass der Grundverbrauch bezahlbar bleibt – für die Bürger*innen genauso wie für die Unternehmen im Land. Außerdem können wir nicht mehr jeden Einkaufspreis akzeptieren. Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht gegenüber Gas-exportierenden Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen, indem sie Instrumente wie einen Price Cap für den Import von Gas prüft.

In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern viele Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise finanziell besonders unter Druck setzen. Das sind Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, Familien, Studierende, Rentner*innen und Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Gerade für sie haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden wir auch weiterhin tun: Sollte die wirtschaftliche und soziale Lage es notwendig machen, müssen zügig weitere Sofortentlastungen kommen, etwa weitere Direktzahlungen.

Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte. Daher haben wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der progressiven Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen am meisten
profitieren. Nun erhalten auch Rentner*innen und alle Studierenden eine Einmalzahlung. In der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Direktzahlungen an alle Bürger*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO2-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.

Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir Familien sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für Familien, deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der Kinderzuschlag erhöht

und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im Monat. Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine echte Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom Familienmodell ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu machen. Mit der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen und ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet und ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit werden wir Armut
– auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede*r Jugendliche*r finanziell abgesichert ist.

Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn Alleinerziehende gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.

Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine Einmalzahlung von 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung ersetzt, wird um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so, dass die Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die Geldleistungen für andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum Beispiel in der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine bürgerfreundliche Grundsicherung, die mehr soziale Sicherheit schafft und den Fokus auf Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Für uns ist klar: Das Bürgergeld muss perspektivisch noch weiter steigen, und eine bedarfsgerechte und inflationsfeste Neuberechnung der Regelsätze muss kommen. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung sehen

wir daher als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung.

Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus deutlich eingeschränkt. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen künftig weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit verständlicher. Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem Weiterbildungsgeld von 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als Aufschlag auf den Regelsatz. Wer sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine Anstrengungen belohnt – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Außerdem verstetigen wir den Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen am Arbeitsleben.

Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen Heizkosten zu schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG. Im kommenden Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen künftig Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss dabei niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit Mieter*innen in finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom- und Gassperren verhindert werden. Diese müssen jetzt zügig und wirksam umgesetzt werden. Es braucht außerdem Schutz für Haushalte mit Indexmieten. Denn bei Indexmietverträgen sind Mietsteigerungen an die Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die Preissteigerungen droht den betroffenen Mieter*innen eine massive Anhebung ihrer Miete – zusätzlich zu den steigenden Heizkosten. Daher wollen wir Indexmieten deckeln.

Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage in urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen stetig zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände sichern und um neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf eine Wohnbauoffensive und die neue Wohngemeinnützigkeit geeinigt haben – beides muss nun zügig kommen. Wir werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen und dauerhaft sichern.

Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden. Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Der Schutz und das Recht von Mieter*innen muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen wir verlängern und verschärfen. In angespannten Märkten werden wir die Kappungsgrenze von 15 auf elf Prozent in drei Jahren absenken. Wir werden qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreitern und rechtssicher ausgestalten sowie für mehr Transparenz bei den

Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen, damit Kosten nicht einfach auf die Mieter*innen abgewälzt werden können. Auch muss Mietwucher wirksam bekämpft werden.

Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Bereits ausgesprochene Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen werden. Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden.

Es braucht zukünftig eine effektivere Regulierung der Bodenpreise sowie eine nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbaus. Im Sinne einer integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt kommunalen Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale Vorkaufsrecht wollen wir daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen.

Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum 1. Oktober diesen Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der Anhebung der Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem bei Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal einen gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um Armut vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass nationale Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend braucht es eine EU-Grundsicherung.

Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar entlastet. Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun, eine ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der Mobilität zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen Preis von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir richtige Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den Regionen zu verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.

Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen stehen durch die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte vor enormen Sachkostensteigerungen, für die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung steht. Das stellt sie vor existenzielle Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend einen Energiekostenschutzschirm und eine Inflationskostenbremse für die betroffenen Einrichtungen.

Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum sozialer Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und Hilfeeinrichtungen. Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht weitergeben. Auch sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.

Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar, denn starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch, Verteilungsfragen zu stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.

Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen retten

Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend Unterstützung. Deswegen setzen wir uns in der Ampel-Koalition dafür ein, mit einem breit aufgespannten und gut finanzierten Rettungsschirm die Wirtschaft zu schützen. Die Unternehmen können sich darauf verlassen, dass wir sie in dieser Krise schützen.

Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in Deutschland unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive Industrie wollen wir deshalb deutlich erweitern und um eine neue Programmstufe für den energieintensiven Mittelstand ergänzen – also auch Unternehmen einbeziehen, die nicht unmittelbar im internationalen Wettbewerb stehen. Dadurch unterstützen wir gerade die besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa Bäckereien, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen müssen. Denn die Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale Wertschöpfung, das soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten. Wir müssen jetzt die finanzielle Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen.

Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt. In Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt Arbeitsplätze. Es ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30. September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für Unternehmen und Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung des SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen wurde. Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die bereits während der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln, den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

Um gerade kleine und mittlere Unternehmen in der aktuellen Krisensituation zusätzlich finanziell zu entlasten, weiten wir den Verlustrücktrag bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2022 und 2023 auf die vier vorangegangenen Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die Unternehmen ihre Verluste mit den Gewinnen aus den wirtschaftlich guten Jahren 2018 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die erforderliche Liquidität. Eine solche Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der

einfachsten und zielgenauesten Instrumente, um Umsatzeinbrüche auszugleichen und es lässt sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen kombinieren.

Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation voranbringen. Es ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und Energieeffizienz verlangen. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass Konzerne, die Staatshilfen in Anspruch nehmen, in der betreffenden Zeit Boni auszahlen.

Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und mittelständische Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große Anstrengung und Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es wäre daher falsch, inmitten einer derart tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die praktisch notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen. Wenn die Schuldenbremse droht, im kommenden Jahr vor allem eine Bremse für unsere Wirtschaftskraft und die vielen kleinen und mittleren Unternehmen zu werden, dann muss sie auch 2023 ausgesetzt werden.

Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive Investitionen brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so machen wir unser Wohlstandsmodell unabhängig von fossilen Energiequellen. Das schützt nicht nur das Klima, sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile Inflation und gibt unserer Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um diese Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz. Es lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und dadurch auch die Energiekosten und den CO2-Ausstoß senken. Schon jetzt unterstützen wir Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen, positive Anreize zu setzen, Potenziale zu erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung zu dämpfen. Ein Hebel dafür ist die Stärkung resilienter Lieferketten. Ein weiterer, wesentlicher ist eine bessere Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu finden. In einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und wird sich aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000 Menschen mehr in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa verdoppeln.

Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch die ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend Menschen im Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns entschieden dafür einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Wir

wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können und ihre Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Bei Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung braucht es eine Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen, mehr Qualifizierung in Unternehmen sowie einen flächendeckenden Ausbau von Weiterbildungsagenturen. Für die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen, passgenaue Arbeitszeiten und eine gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr zu arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen, werden es leichter haben, Fachkräfte an sich zu binden.

Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland werden wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch Menschen aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb werden wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit ihren Familien nach Deutschland kommen können.

Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben uns zu abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der Just-In-Time-Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen mit einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen vorbauen, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So – und mit den Mitteln der Entwicklungspolitik – wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-Staaten darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und Wertschöpfung ausgebaut werden.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in eine Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische Rohstoffe eingestuften Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu lange nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung – aber eine faire und nachhaltige.

Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, mit dem Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu verbessern.

Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre Bemühungen hier deutlich verstärken.

Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität

Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und unsere Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen soziale Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen Handlungsdruck
erhöhen.

Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter*innen oder Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der Montagsdemonstrationen in
der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden Spaltungsversuchen und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund, Ländern und Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles dafür, dass wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die russische Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in der Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit seinen Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will. Aber wir lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.

Begründung der Dringlichkeit

Große Anteile des Antrags beziehen sich auf die Ergebnisse des Koalitionsausschusses am 3. September 2022 und das dort beschlossene Entlastungspaket sowie auf die darauffolgende Debatte. Der Termin lag nach dem Antragsschluss am 2. September.